

Abwärtsspirale stoppen

Eine Gruppe von Experten empfiehlt zur Rettung des Euro mehr gemeinsames Geld gegen kollektive Kontrolle.

Die Europäische Zentralbank (EZB) macht eine Geldpolitik für 17 Staaten, aber jedes Land bestimmt selbst über seine Ausgaben und die Höhe der Verschuldung – mit dieser Fehlkonstruktion ist die Währungsunion nicht überlebensfähig. Da sind sich fast alle Experten einig. Inzwischen existieren viele kühne Visionen zur künftigen Architektur der Euro-Zone. Allerdings ist fraglich, wie realistisch sie sind. Denn die Bereitschaft der Nationalstaaten, auf Souveränität zu verzichten, ist trotz der schweren Krise begrenzt.

„Es gibt eine gute Nachricht“, sagt Henrik Enderlein. Der Euro lasse sich mit dem Minimalanspruch „Nur so viel mehr Europa wie unbedingt nötig“ retten. Zusammen mit acht anderen renommierten Experten aus mehreren europäischen Staaten hat der deutsche Ökonom in den vergangenen Monaten ein Konzept erarbeitet. Der Bericht „Completing the Euro“ wird in dieser Woche veröffentlicht. Er steht unter der Schirmherrschaft des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors und des Altkanzlers Helmut Schmidt.

Bedeutend sind die Vorschläge auch deshalb, weil sie in die Umbau-skizze für die Währungsunion einfließen sollen, an der unter anderem EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und EZB-Chef Mario Draghi tüfteln (siehe Seite 18). Diese soll den Staats- und Regierungschefs beim Gipfel in dieser Woche präsentiert werden.

Enderlein und seine Kollegen fordern neben einer Vollendung des Binnenmarkts auch eine Bankenunion mit zentraler Aufsicht über die Finanzinstitute und einem einheitlichen Einlagensicherungsfonds für die Ersparnisse der Kunden. Darüber hinaus schlagen die Experten zwei Reformen vor, die klassische Kompromisse sind – und deshalb möglicherweise Chancen auf Umsetzung haben.

So soll die Haushaltsaufsicht über die nationalen Budgets gestärkt werden. Wenn ein Staat keinen Zugang zum Finanzmarkt mehr hat, verliert er nach und nach die Souveränität über sein Budget. In diesem Fall springt eine europäische Schuldenagentur ein, für die alle Euro-Mitglieder haften. Sofern

ein von der Pleite bedrohtes Land nur wenig Geld aus dem gemeinsamen Kredittopf benötigt, sind die Reformauflagen gering. Je größer die Not ist, desto mehr Souveränität verliert es aber.

Der Vorschlag soll die südeuropäische Forderung nach Euro-Bonds mit dem deutschen Diktum versöhnen, wonach eine gemeinsame Haftung nur bei einer entsprechenden Abgabe von Souveränität akzeptabel sei.



EZB-Chef Draghi, Euro-Gruppen-Chef Juncker: Die Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft

Mehr gemeinsames Geld nur gegen kollektive Kontrolle – diesem Prinzip folgt auch der zweite Vorschlag. Zusätzlich zum EU-Haushalt wird demnach ein Stabilisierungsfonds eingerichtet, mit dem sich Konjunkturschwankungen ausgleichen lassen. Der Fonds soll von allen nationalen Parlamenten kontrolliert werden.

Derzeit bekämen die südeuropäischen Staaten daraus Hilfen, müssten weniger sparen und könnten die konjunkturelle Abwärtsspirale stoppen. Wenn Deutschland einmal in die Rezession stürzt, würde der Bundeshaushalt entsprechend mit Milliarden aus Brüssel gepöppelt.

ckade. Hinzu kommt, dass die Ressourcen der Rettungsstrategien begrenzt sind. Zwar verfügen die Luxemburger Hilfsfonds noch über unverplante Mittel von mehr als 600 Milliarden Euro. Doch schon jetzt ist klar, dass das Geld schnell verbraucht wäre, wenn passieren sollte, was viele Experten inzwischen für unvermeidlich halten: Nicht nur Spaniens Bankenbranche, sondern das gesamte Land muss unter den Schirm. Gänzlich gesprengt würde der Finanzrahmen, wenn auch Italien Hilfe benötigen würde.

Bislang konnten die Euro-Verteidiger im Notfall auf die gewaltigen Mittel der Europäischen Zentralbank zurückgreifen. Wenn es eng wurde, warfen die Währungshüter neues Geld auf den Markt.

Doch inzwischen hat auch die EZB ihre Möglichkeiten weitgehend ausge-

schöpft: Sie hat schon so viele Anleihen maroder Staaten aufgekauft, dass jede weitere Shoppingtour einen Bumerang-Effekt zu haben droht – die Zinsen könnten explodieren, statt zu sinken. Zugleich verschärft sich im Zentralbankrat der Streit zwischen Nord und Süd. Vergangene Woche setzte Spaniens Notenbankchef durch, dass sich die Banken des Landes künftig von der EZB Geld gegen schlechtere Sicherheiten als bisher leihen können. Nun droht Krach mit den Notenbankern aus den Geberländern, die nicht mitansehen wollen, wie die Risiken in der Zentralbankbilanz weiter anschwellen.

Die Euro-Retter bestreiten einen Wettlauf mit der Zeit. Die Frage ist, ob die Wirtschaft in Südeuropa wieder Tritt fasst, bevor die Instrumente der Euro-